



10.03.2012

Für ein Gedenken an den Staatsfeind Nr. 1

Kritik von Opfervereinigung der Deserteure

POTSDAM / INNENSTADT - Die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz kritisiert die Vorbereitungen für das Ausstellungsmodul über die Zeit des Nationalsozialismus in der Gedenkstätte Lindenstraße 54. In einem Brief an Oberbürgermeister Jann Jakobs äußert der Vorsitzende Ludwig Baumann sein „Befremden“, dass seine Vereinigung nicht in die Konzeptarbeit einbezogen wurde und nicht für einen Sitz im Gedenkstättenbeirat vorgesehen ist.

Der inzwischen 90-jährige Baumann war selbst von der NS-Justiz als Deserteur zum Tode verurteilt und noch nach dem Krieg als „Vaterlandsverräter“ und „Volksschädling“ beschimpft worden. Der Kampf um die Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren ist sein Lebensinhalt.

In seinem Brief erinnert Baumann den Oberbürgermeister an die gemeinsame Eröffnung einer Ausstellung, in der auch das Schicksal von Potsdamer Opfern der NS-Militärjustiz dokumentiert war. Einige davon seien in der Lindenstraße 54 inhaftiert gewesen, schreibt Baumann. Bis heute habe diese Opfergruppe aber „nicht einmal einen Platz, an dem wir Blumen niederlegen können“, so Baumann. Der Ort werde von Opfergruppen dominiert, die nach 1945 eingesperrt waren, während die Fertigstellung des NS-Moduls immer wieder aufgeschoben worden sei.

Rathaussprecher Stefan Schulz erklärte dazu, die bislang vorliegende Konzeption diene lediglich dem Übergang hin zu einer unabhängigen Trägerschaft der Gedenkstätte, die aus dem Potsdam-Museum herausgelöst ist. Es werde Aufgabe des neuen Trägers sein, sich „mit allen Gruppierungen auf Schwerpunkte der Arbeit regelmäßig zu verständigen“.

Nach Angaben der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz wurden im Dritten Reich 30 000 Deserteure und Kriegsverweigerer zum Tode verurteilt, etwa 20 000 dieser Urteile wurden vollstreckt. Wer sich dem Morden entzog, war für Adolf Hitler Staatsfeind Nummer eins. „Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben“, ist von ihm überliefert.

Für die Arbeit am NS-Ausstellungsteil in der Lindenstraße soll noch im März eine auf ein Jahr befristete Wissenschaftlerstelle ausgeschrieben werden. Das Modul soll künftig den Rundgang durch die Dauerausstellung eröffnen. Dem sowjetischen Geheimdienst NKWD gehört dann der Kellertrakt der Gedenkstätte, der DDR-Staatssicherheit das erste und das zweite Obergeschoss, für die Zeit des Nationalsozialismus sind Flur und Zellen im Erdgeschoss des Ex-Gefängnisses reserviert.

Gesichert ist inzwischen die Finanzierung des NS-Moduls mit 330 000 Euro aus dem DDR-Parteienvermögen plus Bundesförderung in gleicher Höhe. Das Modul soll das Gebäude als Tagungsort des Erbgesundheitsgerichts thematisieren, wo 4200 Menschen zur Zwangssterilisation verurteilt wurden. Die Lindenstraße war zugleich Haftanstalt; im Gefängnisflur soll an Widerstandsgruppen unterschiedlichster Weltanschauung erinnert werden. (Von Volkmar Klein)

 0 tweet

Ihre Meinung ist gefragt!